

### Niederschrift

über die **46. Sitzung der Gemeindevertretung** der 7. Wahlperiode der Gemeinde Ostseebad Binz am 30.05.2024

Die Gemeindevertretung:

	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1. Böttcher, Mario		X	
2. Colmsee, Helge	X		
3. Deutschmann, Kai	X		
4. Dohrmann, Ulf	X		
5. Drahota, Grit	X		
6. Holtz, Helga	X		
7. Hennig, Andreas	X		
8. Klein, Siegfried	X		
9. Kurowski, Mario	X		
10. Maske, René	X		
11. Mehlhorn, Christian	X		
12. Michalski, Jürgen	X		
13. Müller, Marvin	X		
14. Reinbold, Ralf	X		
15. Schulz, Norbert	X		
16. Dr. Tomschin, Manuela		X	
17. Tomschin, Dietrich		X	

Mitglieder der Verwaltung:

Herr Schneider  
Herr Reinholz  
Frau Küster  
Herr Gardeja  
Frau Pampuch

Bürgermeister  
Amtsleiter Finanzen  
Amtsleiterin Allgemeine Verwaltung  
Tourismudirektor  
Protokollantin

## **Niederschrift über die 46. Sitzung der Gemeindevertretung (7.Wahlperiode) der Gemeinde Ostseebad Binz am 30.05.2024**

-öffentlicher Teil-

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Ort: Haus des Gastes, Heinrich-Heine-Straße 7

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

### **Zu TOP 1.1.1, 1.2**

**Herr Maske** begrüßt die Gemeindevertreter/innen, den Bürgermeister und die Gäste. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 14 von 17 Gemeindevertretern gegeben.

Herr Maske ruft zu einer Schweigeminute, in Gedenken an den verstorbenen Bürgermeister des Ostseebades Göhren Herrn Torsten Döring, auf.

### **Tagesordnung**

#### **öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Feststellen der form- und fristgerechten Ladung
- 1.2. Feststellen der Beschlussfähigkeit
  
2. Feststellen der Tagesordnung
  
3. Bestätigung der Niederschrift über die 45. Sitzung der Gemeindevertretung vom 21.03.2024 - öffentlicher Teil
  
4. Informationen des Vorsitzenden/Bürgermeisters
  
5. Bericht des Bürgermeisters
  
6. Anfragen der Gemeindevertreter
  
7. Einwohnerfragestunde
  
8. Ehrung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e.V. für langjähriges kommunalpolitisches Engagement

#### **Anträge der Fraktionen und Abgeordneten**

9. Antrag der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Herrn Maske (Die Linke), der Fraktion aus „der MITTE“ und des Abgeordneten Herrn Böttcher zur Erweiterung von Zweck und Gegenstand der existierenden kommunalen Wohnungsverwaltung Binz GmbH um Projektentwicklung von Immobilien
  
10. Antrag der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Herrn Maske (Die Linke), der Fraktion „aus der MITTE“ und des Abgeordneten Herrn Böttcher zur aktiven Akquise Proraer Vereine als Nachnutzer für das Rezeptionsgebäude (Fünfte Straße) und somit Nutzung als Vereinsgebäude Prora

11. Antrag der SPD-Fraktion und der BfB-Fraktion für den Grundsatzbeschluss: Ein moderner Schulcampus für Binz
12. Antrag der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Herrn Maske (Die Linke), der Fraktion „aus der MITTE“ und des Abgeordneten Herrn Böttcher für einen Prüfauftrag zur Erteilung von Sonderparkrechten für ambulante Pflegedienste

### **Planen und Bauen**

13. Beschlussvorlage zum Neubau eines Feuerwehrgebäudes mit Zivilschutzlager und Rettungswache (DRK) der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Beschluss Bauprogramm*
14. Beschlussvorlage zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Wohnen an der Granitz“ der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden- und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB*
15. Beschlussvorlage zur Änderung des Beschlusses 11-26-2018 über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 43A „Quartier an der Kleinbahn – Nord“ der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Änderungsbeschluss zur Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 43A „Quartier an der Kleinbahn – Nord“*
16. Beschlussvorlage zur 2. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 36 „Gewerbegebiet III Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 sowie der Behörden- und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB (Offenlage)*
17. Beschlussvorlage zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 26 „Wohnquartier am Rasenden Roland“ der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Konzeptbeschluss*
18. Beschlussvorlage zum Bebauungsplan Nr. 2 „Zinglingsberg“ der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Einleitung des ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB*
19. Beschlussvorlage über das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag: „Errichtung von 2 Wohngebäuden: 1. Doppelhaus mit je 2 WE (1. Wohnen und 1. Fewo); 1. Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung (1. Fewo) – Zinglingstraße 8“  
*hier: Antrag auf Ausnahme nach § 31 Abs. 1 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 26 „Wohnbebauung Zinglingsberg Mitte“ der Gemeinde Ostseebad Binz*

### **nichtöffentlicher Teil**

20. Bestätigung der Niederschrift über die 45. Sitzung der Gemeindevertretung vom 21.03.2024 - nichtöffentlicher Teil

## Planen und Bauen

21. Beschlussvorlage für eine Zuschlagserteilung im Rahmen des Vergabeverfahrens nach VOB/A für die Maßnahme „Dachsanierung Grundschule Binz“
22. Beschlussvorlage für eine Zuschlagserteilung im Rahmen des Vergabeverfahrens nach VgV für die Leistung „Lieferung von Strom für die Einrichtungen der Gemeindeverwaltung und des Eigenbetriebes Binzer Bucht Tourismus für die Bezugsjahre 2025 + 2026“
23. Zuschlagserteilung im Rahmen des Vergabeverfahrens nach VOB/A für die Maßnahme „Lieferung und Installation von hydraulischen Absenk-Poller-Anlagen“
24. Informationen/Mitteilungen

### TOP 2. Feststellung der Tagesordnung

**Herr Maske** beantragt den TOP 23 „Zuschlagserteilung im Rahmen des Vergabeverfahrens nach VOB/A für die Maßnahme >Lieferung und Installation von hydraulischen Absenk-Poller-Anlagen<“ zu streichen, da kein verwertbares Angebot eingegangen sei.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 14 (einstimmig)

#### **Beschluss-Nr. 951-46-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 die Tagesordnung der heutigen Gemeindevertreterversammlung.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 14 (einstimmig)

### TOP 3. Bestätigung der Niederschrift über die 45. Sitzung der Gemeindevertretung vom 21.03.2024 - öffentlicher Teil

#### **Beschluss-Nr. 952-46-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 über die Niederschrift der 45. Sitzung der Gemeindevertretung vom 21.03.2024 - öffentlicher Teil.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 14 (einstimmig)

### TOP 4. Informationen des Vorsitzenden/ Bürgermeisters

**Herr Maske** erklärt, dass in der letzten Gemeindevertreterversammlung darum gebeten worden sei die Audiodateien des öffentlichen Teils der Sitzungen, gemäß eines gefassten Beschlusses, zu veröffentlichen. Er selbst befürworte eine Veröffentlichung dieser Dateien. In Rücksprache mit der Rechtsaufsichtsbehörde habe er allerdings

erfahren, dass es in naher Zukunft eine Änderung der Kommunalverfassung geben werde. Diese werde die Veröffentlichung von Audio-Dateien als „Kann-Bestimmung“ beinhalten. Hierfür müsse man zuvor jedoch die Hauptsatzung anpassen, was er gerne der neuen Gemeindevertretung überlassen wollen würde.

**Herr Kurowski** gibt zu bedenken, dass die Kommunalverfassung künftig geändert wird. Der Beschluss sei allerdings bereits vor einiger Zeit gefasst und bislang nicht umgesetzt worden.

**Herr Schneider** erklärt, dass man diesen Sachverhalt bereits im Vorfeld besprochen habe. Der Beschluss sei bisher nicht umgesetzt worden, da die Stelle für Öffentlichkeitsarbeit immer noch nicht besetzt sei. Man sei allerdings nach wie vor auf der Suche nach einer geeigneten Besetzung.

Darüber hinaus habe man versucht die Internetseite so transparent und informativ wie möglich zu halten und das Ratsinformationssystem so schnell wie möglich umzusetzen.

#### **TOP 5.** Bericht des Bürgermeisters

Der Bericht des Bürgermeisters wurde am Mittag des Sitzungstages digital an alle Gemeindevertreter versandt. Seit dem 31.05.2024 ist er darüber hinaus auch auf der Website der Gemeindeverwaltung einzusehen.

#### **TOP 6.** Anfragen der Gemeindevertreter

**Herr Mehlhorn** möchte wissen, wie der Feldtest des Ratsinformationssystems gelaufen sei und ob man heute schon erste Ergebnisse sehen werde.

**Frau Küster** erklärt, dass es intern parallel zu der heutigen Sitzung laufe. Der offizielle Startschuss für das Programm werde für die neue Gemeindevertretung erfolgen.

**Frau Drahot**a fragt wie es um die Anfrage bezüglich des kaputten Bürgersteigs in der Dünenstraße 43-47 stehe.

**Herr Schneider** antwortet, dass er die Frage mitnehmen und es Anfang nächster Woche eine Antwort dazu geben werde.

**Herr Kurowski** erklärt, dass es nach wie vor erheblich an Strandbars und Strandkörben mangle. Es habe bereits viele Beschwerden und negative Feedbacks von Urlaubern gegeben. Die aktuelle Lage sei katastrophal, da es sich um ein fehlendes Stück Strandkultur handle. Er möchte wissen wie der Bürgermeister und der Kurdirektor gedenken dem entgegen zu gehen bzw. die Situation zu verbessern.

**Herr Gardeja** antwortet, dass man seit Jahren versuche mit demokratischen und freien Marktmitteln eine Liberalisierung am Strand hinzubekommen, da dies seit über

20 Jahren nicht der Fall gewesen sei. Derzeit versuche man auf kurzfristig entstandene Engpässe zu reagieren und die Situation zu verbessern.

**Herr Kurowski** möchte wissen, was aus den Verträge für Strandkorb- und Strandbarbetreiber geworden sei, die bis zum 30.06.2023 hätten abgeschlossen sein müssen. Die aktuelle Situation sei schädlich für den Ort.

**Herr Gardeja** antwortet, dass man alles getan habe um die Situation gut für alle zu lösen, doch das sei nicht in allen Fällen gelungen. Die Umstände der kurzfristigen Absagen, der nicht getätigten Zahlungen und der veralteten Verträge haben ebenfalls zu der aktuellen Situation beigetragen. Diese wolle man nicht weiter unterstützen, sondern an einer demokratisch orientierten Vergabe an den besten Bieter arbeiten.

**Herr Reinbold** möchte wissen, wie es um die LNG-Thematik bestellt sei. In den letzten Tagen habe es vermehrt Lärmbeschwerden von Anwohnern und Urlaubern aus Mukran und Prora gegeben. Welche sei die beste Stelle um solche Beschwerden kundzutun.

**Herr Schneider** erklärt, dass sich die Gemeinde aufgrund des laufenden Verfahrens zurzeit bedeckt halte. Der Anwalt sei allerdings nach wie vor sehr optimistisch. Die Beschwerden bezüglich des Lärms seien auch bei ihm angekommen und bestärken ihn nur darin weiter mit aller Kraft gegen das Vorhaben vorzugehen. Einen zentralen Punkt für Beschwerden gebe es leider nach wie vor nicht, doch der zentrale Verteiler der Wasserschutzpolizei, der Ministerien etc. sei eine gute Möglichkeit.

**Herr Reinbold** möchte wissen was mit dem „Verteiler“ gemeint sei.

**Herr Gardeja** empfiehlt den online Anliegen-Melder der Polizei M-V zu verwenden, da der Sachverhalt dann aktenkundig gemacht werde.

## **TOP 7. Einwohnerfragestunde**

**Herr Horst** merkt an, dass das Gebäude gegenüber des Altenheims in der Mittelstraße für Unmut Sorge. Die Bäume und das dort stehende Einfamilienhaus seien abgerissen worden und das dort entstehende Gebäude werde extrem groß. Die Straße sei durch zu schwere LKWs (über 7,5 Tonnen) in Mitleidenschaft gezogen worden. Er würde gerne wissen, ob die Gemeinde wirklich so hinter diesem Bauvorhaben stehe.

**Herr Schneider** merkt an, dass er die Problematik der 7,5 Tonner sofort an die Polizei gegeben habe und diese die Situation stichprobenartig überprüfen werde. Bezüglich des Bauvorhabens erklärt er, dass der Gemeinde leider die Hände gebunden seien. Die bisher gebauten Gebäude in diesem Gebiet ermöglichen weitere Bauten derselben Art.

Dennoch sei die Gemeinde dabei zu prüfen, dass die Vorgaben der B-Pläne eingehalten werden. Aus seiner Sicht sei die Gesetzgebung einfach nicht ausreichend, um besondere Orte zu schützen und die Verdrängung von Wohnraum zu verhindern.

Aktuell arbeite man daran die B-Pläne zu spezifizieren und ausnutzbare Lücken so auszumerzen.

**Herr Colmsee** ergänzt, dass der Bauausschuss dem Vorhaben nicht zugestimmt habe. Darüber hinaus strebe man derzeit eine Änderung des B-Plans und eine Veränderungssperre für diesen Bereich an.

**Herr Schneider** informiert, dass es nicht selten geschehe, dass das Einvernehmen der Gemeindevertretung durch eine Entscheidung des Landkreises ersetzt werde.

**Frau Siebensteiger** erklärt, dass man lange das Gespräch mit Herrn Schneider, bezüglich des neuen Parkhauses in der Dollahner Straße, gesucht habe – leider vergeblich. Aus diesem Grund habe man keine andere Wahl gehabt, als die Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit des B-Planes juristisch klären zu lassen. Das Verwaltungsgericht Greifswald habe daraufhin im Februar den entsprechenden B-Plan für rechtswidrig und nichtig erklärt und als „Etikettenschwindel“ bezeichnet. Darüber hinaus sei keine Regression gegen dieses Urteil zugelassen worden. Dennoch habe die Gemeinde Binz einen Antrag auf Regression gestellt. Sie möchte wissen, ob die Gemeindevertretung davon Kenntnis habe.

**Herr Schneider** erklärt, dass der Bürgermeister kein Alleinentscheider sei. Er selber könne sich nur an ein Gespräch erinnern, alle weiteren Gespräche zu dieser Thematik hätten nur mit dem Bauamt stattgefunden. Darüber hinaus befinde man sich zurzeit in einem Rechtsstreit und das Gericht werde entscheiden wer im Recht sei. Des Weiteren erinnere er sich daran, dass es fast die gleiche Situation bei dem Bau der Turnhalle gegeben habe. Es gebe allerdings nach wie vor keine nachweisbaren Einbußen für den Dünenpark durch die Turnhalle oder das Parkhaus. In der letzten Sitzung habe man der Gemeinde eine Liste versprochen, über die man gemeinsam hätte reden können. Diese liege nach wie vor nicht vor. Darüber hinaus habe das Gericht lediglich die Änderung des B-Planes aufgehoben und den Weiterbau des Parkhauses explizit bewilligt. Alles im allem habe man durch die Entwicklung des Ortes den Wert der Immobilie erheblich gesteigert und eine konstruktive Zusammenarbeit sei wünschenswerter als das was gerade vor sich gehe.

**Frau Siebensteiger** entgegnet, dass es mehrere Gespräche gegeben habe. Sie betont, dass laut des Gerichtsurteils der B-Plan für rechtswidrig und nichtig erklärt worden sei und wiederholt ihre Frage bezüglich der Kenntnis der Gemeindevertretung.

**Herr Maske** stellt klar, dass lediglich die Änderung des B-Planes, nicht der B-Plan an sich, für rechtswidrig und nichtig befunden worden sei. Darüber hinaus stellt er klar, dass er dazu gefragt bzw. darüber in Kenntnis gesetzt worden sei.

**Herr Reinbold** erklärt, dass auch die SPD dazu gefragt worden sei. Man habe eine juristische Einschätzung der Verwaltung erhalten und sich entsprechend entschieden.

**Herr Wolfram** möchte wissen, wie es um die Trampoline am Strand bestellt sei.

**Herr Gardeja** antwortet, dass man zurzeit an einer neuen Befestigung für die Trampoline arbeite und er gehe davon aus, dass diese in der nächsten Woche aufgebaut werden.

**Herr Wolfram** möchte wissen, ob es sich auch wieder um jeweils zwei Trampoline (ein Großes und ein Kleines) handeln werde.

**Herr Gardeja** antwortet, dass er diese Information nachreichen werde.

**Herr Wolfram** gibt zu bedenken, dass frei umherlaufende Hunde ein zunehmendes Ärgernis am Strand darstellen und möchte wissen was dagegen getan werde. Darüber hinaus bittet er darum, dass die Beschilderung diesbezüglich angepasst bzw. verbessert werde.

**Herr Gardeja** erklärt, dass ab nächster Woche der Ordnungsdienst wieder mit drei Personen täglich den Strand bestreifen werde. Davon ab sei es nicht nur eine Frage der Beschilderung. Es gebe allgemein zu wenig Platz bzw. Möglichkeiten für Reisende mit Hund, man arbeite jedoch langfristig daran diese auszuweiten.

**Herr Wolfram** gibt zu bedenken, dass die Strandabgänge extrem beschädigt seien und möchte wissen, ob geplant sei diese wieder angemessen herzurichten.

**Herr Gardeja** antwortet, dass er sich der Situation bewusst sei. Es gebe leider nach wie vor keine Fördermittel für die Beseitigung von Sturmschäden und aus eigenen Haushaltsmitteln sei dies kaum zu bewerkstelligen. Man sei dennoch dabei die Strandabgänge Stück für Stück wieder herzurichten.

**Frau Mehlberg** hat eine Frage zum Fahrradverkehr auf der Straße. Aus ihrer Sicht stellen gerade die lautlosen E-Bikes eine große Gefahr für den Verkehr dar. Es wäre wünschenswert, dass Fahrradfahrer dazu verpflichtet werden abzusteiigen. Sie bittet Herrn Gardeja über eine Lösung für diese Situation nachzudenken.

**Herr Gardeja** sensibilisiert dafür, dass alle dabei helfen könnten solche Missstände zu verringern, indem man Betroffene direkt darauf hinweist. Darüber hinaus arbeite man zurzeit an dem Radfahrkonzept, das sich auch mit solchen Situationen befasse.

**Herr Schneider** ergänzt, dass die Außendienstmitarbeiter zunehmend unangemessen beschimpft und behandelt werden. Dieser Umstand sei absolut inakzeptabel und ein jeder könne dabei unterstützen ein solches Verhalten zu unterbinden bzw. minimieren.

**Herr Beyer** sagt, dass die Kurdirektion schlecht und gegen die Gewerbetreibenden arbeite. Er möchte wissen, weshalb außenstehende Gewerbetreibende bevorzugt und ortsansässige Gewerbetreibende schikaniert und klein gemacht werden. Er behauptet, dass Herr Gardeja nicht nur die einheimischen Gewerbetreibenden sondern auch explizite ausländische Gewerbetreibende benachteilige. Er fragt direkt

warum Herr Gardeja einheimische Gewerbetreibende benachteilige und warum er Gelder kassiere, die ihm nicht zustehen.

**Herr Gardeja** entgegnet, dass die von Herrn Beyer getätigten Aussagen falsch, anmaßend und grenzüberschreitend seien. Er rät Herrn Beyer die Art der Kommunikation auf einem anderen bzw. angemesseneren Niveau zu wählen.

**Herr Beyer** wiederholt seine Frage und möchte dazu wissen, warum Herr Gardeja sich nicht an geltende Gesetze halte.

**Herr Maske** bittet Herrn Beyer ab jetzt gezielte Fragen zu stellen.

**Herr Schneider** erklärt seine Verwunderung, da er nach dem letzten klärenden Gespräch mit Herrn Beyer das Gefühl gehabt habe, dass man gut auseinander gegangen sei und Missverständnisse bzw. Gerüchte aufgeklärt hätte. Er vergleicht die aktuelle Situation mit anderen Gemeinden und erklärt, dass man sich im Ostseebad Binz nach wie vor an den Gleichbehandlungsgrundsatz halte.

**Herr Kurowski** zitiert § 3 der Hauptsatzung. Und bittet Herrn Maske die Bürgerinnen und Bürger nicht nur Fragen stellen zu lassen.

**Herr Maske** entgegnet, dass er Herrn Beyer genug Zeit gegeben habe zu sprechen und dass seine Bitte, um eine gezielte Frage, auf die Beendigung der Auseinandersetzung abgezielt habe.

**TOP 8.** Ehrung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e.V. für langjähriges kommunalpolitisches Engagement

**Herr Maske** und **Herr Schneider** ehren die Gemeindevertreter Herrn Reinbold und Herrn Schulz für ihr zwanzigjähriges ehrenamtliches Engagement in der Gemeinde Ostseebad Binz.

**TOP 9.** Antrag der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Herrn Maske (Die Linke), der Fraktion aus „der MITTE“ und des Abgeordneten Herrn Böttcher zur Erweiterung von Zweck und Gegenstand der existierenden kommunalen Wohnungsverwaltung Binz GmbH um Projektentwicklung von Immobilien

**Herr Maske** übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Dohrmann.

**Herr Maske** verliest den Inhalt des Beschlusses und betont, dass es sich nicht um eine neue Gründung handle, sondern nur um eine Erweiterung des Bestehenden. Dies zielt darauf ab mehr Wohnraum für Anwohnerinnen und Anwohner zu schaffen.

**Frau Drahot**a erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungsraum.

**Herr Michalski** erklärt, dass der Antrag viele positive Aspekte beinhalte. Nur auf diese Art und Weise sei aus seiner Sicht sozialer Wohnungsbau möglich und umsetzbar. Er gibt zu bedenken, dass man kein zweites Aufsichtsgremium

schaffen, sondern alles mit dem bestehenden Aufsichtsrat abdecken sollte.

**Herr Reinbold** gibt zu bedenken, dass es schön gewesen wäre, wenn man sich im Vorfeld gemeinsam auf diesen Antrag geeinigt hätte. Weiter merkt er an, dass der Aufsichtsrat im Vorfeld nicht informiert worden sei und äußert, dass dies nicht der richtige Umgang sei.

**Herr Maske** erklärt, dass es sich lediglich um den Startschuss für ein längeres Projekt handle. Der Aufsichtsrat würde in Zukunft natürlich mit einbezogen und informiert werden.

**Herr Mehlhorn** gibt zu bedenken, dass der Antrag noch zu viele Unklarheiten für einen finalen Beschluss beinhalte. Er möchte wissen, ob es sich wirklich nur um einen Prüfauftrag handle. Er stellt klar, dass man den Grundgedanken für Wohnungsbau natürlich unterstütze, aber die finanziellen Gegebenheiten erst zweifelsfrei geklärt werden müssten.

**Herr Dohrmann** bestätigt, dass es hier darum gehe das genannte Vorhaben zu prüfen. Er erläutert wie wichtig es sei Wohnraum zu schaffen und wie wichtig es sei jetzt einen ersten Schritt in diese Richtung zu gehen.

**Herr Klein** schließt sich der Aussage von Herrn Reinbold an. Er selbst habe in vergangenen Sitzungen mehrfach darauf hingewiesen, dass sozialer Wohnungsbau wichtig und zeitnah umzusetzen sei. Die Art und Weise des Antrages befürworte er nicht, den Inhalt hingegen unterstütze natürlich.

**Herr Colmsee** schließt sich ebenfalls der Aussage von Herrn Reinbold an. Auch er hätte sich gewünscht, dass der Aufsichtsrat im Vorfeld hinzugezogen worden wäre. Darüber hinaus sei ein gemeinsamer Antrag zu dem Thema wünschenswert gewesen, da man den Inhalt grundlegend unterstütze. Er schlägt vor die Thematik in den Aufsichtsrat zurück zu verweisen, ihn inhaltlich durchzugehen und dann einen gemeinsamen Antrag der gesamten Gemeindevertretung zu stellen.

**Herr Müller** erklärt, dass niemand gegen den Inhalt des Antrages sei, da der fehlende Wohnraum bereits bekannt sei. Aus seiner Sicht werde hier der Weg dorthin kritisiert, da man weder den Aufsichtsrat einbezogen, noch einen gemeinsamen Antrag gestellt habe. Er erklärt, dass er den Antrag von Herrn Colmsee befürworte.

**Herr Maske** erklärt, dass der Prüfauftrag bezüglich der Möglichkeiten bereits erteilt und ausgewertet worden sei. Die Ergebnisse hierzu könne man dem beiliegenden Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses entnehmen. Es handle sich lediglich um den nächsten Schritt.

**Herr Kurowski** möchte er wissen, ob Frau Schierhorn bereits mit einbezogen worden sei und stellt den Antrag ihr Rederecht einzuräumen.

**Herr Schneider** verneint den Antrag als Gesellschafter der Wohnungsverwaltung Binz GmbH und empfiehlt diese Unterhaltung in den nichtöffentlichen Teil zu verlegen.

**Herr Kurowski** erklärt, dass in diesem Fall der Antrag für ihn nicht rund sei und nicht seine Zustimmung erhalten werde.

**Herr Mehlhorn** erklärt, dass auch ihm die klare Aussage eines Prüfauftrages und die Einbeziehung der Geschäftsführerin fehlen. Er unterstütze den Antrag die Angelegenheit zu vertagen.

#### **Beschluss-Nr. 953-46-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024, dass der Tagesordnungspunkt 9 „Antrag der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Herrn Maske (Die Linke), der Fraktion aus „der MITTE“ und des Abgeordneten Herrn Böttcher zur Erweiterung von Zweck und Gegenstand der existierenden kommunalen Wohnungsverwaltung Binz GmbH um Projektentwicklung von Immobilien“ zurückgestellt wird.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	8
	Nein/Stimmen:	5
	Enthaltungen:	keine

Gemäß §24 KV M-V ist ein Mitglied der Gemeindevertretung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

**Frau Drahot**a nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Herr Maske** übernimmt die Sitzungsleitung von Herrn Dohrmann.

**TOP 10.** Antrag der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Herrn Maske (Die Linke), der Fraktion „aus der MITTE“ und des Abgeordneten Herrn Böttcher zur aktiven Akquise Proraer Vereine als Nachnutzer für das Rezeptionsgebäude (Fünfte Straße) und somit Nutzung als Vereinsgebäude Prora

**Herr Maske** übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Dohrmann.

**Herr Müller** erklärt, dass der Umstand des Prora-Zentrums alle betrübt habe, da ein Stück Geschichte und Kultur verloren gehe. Er selbst halte die Nachnutzung für richtig und wichtig. Dennoch zweifelt er an, dass das Gebäude von seiner Beschaffenheit her als Vereinsgebäude geeignet sei. Er schlägt vor mit dem Antrag nochmal in den Sozialausschuss zu gehen und weitere Möglichkeiten zu besprechen und zu diskutieren.

**Herr Maske** erklärt, dass Geschichte nicht ganz verloren gehe, da beide Proraer Museen zusammengeführt werden. Nach Aussage des Bauamts sei eine Umgestaltung der Räumlichkeiten absolut machbar.

**Herr Schneider** erklärt, dass es ein Bekenntnis der vorherigen Gemeindevertretung gegeben habe das Grundstück, nachdem es zurück an die Gemeinde gegangen sei, der Volkssolidarität zur Nutzung zu überlassen.

**Herr Mehlhorn** möchte wissen, ob die Volkssolidarität im alten Gebäude gekündigt worden sei.

**Herr Maske** erklärt, dass der Grundstückseigentümer bereits andere Pläne für das Grundstück habe und nur darauf warte, dass die Volkssolidarität eine andere Möglichkeit der Unterbringung finde.

**Herr Mehlhorn** gibt zu bedenken, dass die Zusammenführung der Museen erst in ein paar Jahren stattfinden könne, da das bestehende Gebäude erst kernsaniert werden müsse.

**Herr Maske** antwortet, dass es bereits Gespräche dazu gebe, wie die Zusammenarbeit jetzt schon funktionieren kann und wie gewisse Ausstellungsstücke zwischengelagert werden können.

**Herr Schneider** ergänzt, dass geplant sei die aktuelle Ausstellung zu erhalten.

**Herr Müller** dankt für die Ergänzungen und möchte wissen, ob die Nachnutzung damals schon so festgesetzt worden sei.

**Herr Schneider** antwortet, dass es damals die klare Absicht gegeben habe das Gebäude im Anschluss an die Volkssolidarität zu geben.

**Herr Müller** möchte wissen, warum dieser Antrag nötig sei, wenn die Absicht der Nachnutzung seit Jahren klar sei.

#### **Beschluss-Nr. 954-46-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 die Gemeindeverwaltung damit zu beauftragen, sofort alle erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen, um den Proraer Vereinen, insbesondere die Begegnungsstätte der Volkssolidarität e.V., dessen Räumlichkeiten vakant sind, die Nachnutzung des Rezeptionsgebäudes als künftiges Vereinsgebäude Prora anzubieten.

Abstimmung:                      Ja/Stimmen:                      14 (einstimmig)

**Herr Dohrmann** übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Maske.

**TOP 11.** Antrag der SPD-Fraktion und der BfB-Fraktion für den Grundsatzbeschluss: Ein moderner Schulcampus für Binz

**Herr Müller** erklärt, dass dieser Antrag wie vereinbart aus dem Sozialausschuss heraus formuliert worden sei und den nächsten Schritt des Schulverbundes darstelle.

**Herr Dohrmann** erklärt, dass es sich grundsätzlich um ein gutes und wichtiges Thema handle. Er gibt jedoch zu bedenken, dass eine klare Finanzierung in diesem Antrag nicht erkennbar sei und Fachausschüsse wie der Finanz- und der Bauausschuss nicht im Vorfeld konsultiert worden seien. Er stellt den Antrag diesen Antrag zurück in die Fachausschüsse zu verweisen.

**Herr Müller** entgegnet, dass in den letzten Jahren alle Seiten beteiligt worden seien und es bereits viele Diskussionen dazu gegeben habe. Darüber hinaus gehe

es hier um eine Konzepterarbeitung, also den nächsten logischen Schritt nach dem bereits erteilten Prüfauftrag.

**Herr Dohrmann** entgegnet, dass bei einem so großen Vorhaben die Sorgfalt nicht aus den Augen gelassen werden dürfe.

**Herr Mehlhorn** informiert, dass dieses Thema bereits seit Jahren in der Gemeindevertretung thematisiert werde. Darüber hinaus erklärt er, dass im Vorfeld Zusagen für einen gemeinsamen Antrag getätigt und im Nachhinein zurückgezogen worden seien. Wer den Antrag genau lese könne erkennen, dass es sich lediglich um einen Prüfantrag handle, also einen weiteren Schritt auf dem Weg, den man schon seit Monaten gemeinsam bereit war zu gehen. Er bietet allen Fraktionen an noch im Nachhinein mit auf den Antrag zu kommen. Der Antrag solle keine Bühne für eine politische Auseinandersetzung sein, sondern einen Arbeitsauftrag an die Gemeindeverwaltung darstellen, um die nächsten Schritte initiieren zu können. Er gibt zu bedenken, dass die Zeit dränge, da der Schulstandort der Gemeinde Binz nach wie vor gefährdet sei.

**Frau Holtz** erklärt, dass sie sich bereits seit Jahren für sowohl die Kita, als auch den Schulverbund eingesetzt habe und dieser auch einstimmig beschlossen worden sei. Vor einem Jahr sei der Entwurf eines Konzeptes für die Bildung eines gemeinsamen Schulkampus beschlossen worden. Doch nach wie vor halte sie eine Zusammenführung aller Bereiche, aufgrund der unterschiedlichen Tagesabläufe, für ungünstig. Darüber hinaus sei zu bedenken, was mit der vor kurzem renovierten und modernisierten Schule passieren solle. Außerdem stimme sie Herrn Dohrmann zu, dass man aufgrund der Höhe der Summen, das weitere Vorgehen genau mit dem Finanzausschuss abstimmen sollte.

**Herr Kurowski** betont nochmal, dass bei genauem Lesen zu erkennen sei, dass der Antrag lediglich auf den Entwurf eines Konzeptes abziele. Darüber hinaus habe die Auswertung der Grundstücke ergeben, dass das MZO-Gelände zu klein sei, was den vorgeschlagenen Standort „Rangierbahnhof“ erkläre. Zu den Renovierungen der Schule und der Kita sagt er, dass die Instandhaltungen notwendig gewesen seien und somit auch umgehend, zum Schutz der Kinder, beschlossen bzw. umgesetzt wurden.

**Herr Mehlhorn** erklärt, dass die Größe des Rangierbahnhofs einen räumlichen Abstand zwischen den einzelnen Bereichen des Schulkampus bieten würde. Auch er betont nochmal, dass es sich um eine konkrete Konzeptentwicklung handle. Dieses Konzept würde sich dann unter anderem mit Nutzungsmöglichkeiten für die bestehenden Gebäude und Finanzierungsmöglichkeiten befassen.

**Herr Michalski** erklärt, dass er dem Antrag zustimmen werde. Darüber hinaus merkt er an, dass lange Diskussionen und politische Auseinandersetzungen zu wichtigen Themen sehr bedauerlich seien. Am Ende sei es egal wer den Antrag initiiert habe, da alle mit ihrer Zustimmung oder Ablehnung Teil der Entscheidung seien.

**Frau Holtz** betont nochmal, dass es ihr nach wie vor um eine moderne Kita gehe, die modernen bzw. aktuellen Ansprüchen entspreche.

**Frau Drahota** erklärt, dass ihr der Antrag nur kurz gezeigt wurde und dass auf die Nachfrage der Finanzierung des Architektenwettbewerbs keine Antwort gegeben worden sei. Das politische Kaputtreden der vorliegenden Anträge befürwortete sie nicht und wiederholt ihre Frage bezüglich der Finanzierung des Architektenwettbewerbes.

**Herr Colmsee** gibt zu bedenken, dass Frau Drahota erst unterschrieben und dann, nach Rücksprache mit der Verwaltung, ihre Meinung geändert habe. Seiner Meinung nach sei eine eigene Meinung für eine Gemeindevertreterin unerlässlich.

**Herr Maske** lässt über den Antrag von Herrn Dohrmann abstimmen den vorliegenden Antrag in die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

#### **Beschluss-Nr. 955-46-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 dem Antrag des Abgeordneten Herrn Dohrmann zu folgen und den Tagesordnungspunkt 11 „Antrag der SPD-Fraktion und der BfB-Fraktion für den Grundsatzbeschluss: Ein moderner Schulcampus für Binz“ an die Fachausschüsse zurück zu verweisen.

Abstimmung:	Ja/Stimmen:	5
	Nein/Stimmen:	9
	Enthaltungen:	keine

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

#### **Beschluss-Nr. 956-46-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 Folgendes:  
Die Gemeindevertretung Binz bekennt sich zum Ziel, die Binzer Schulen (Grund- und Regionale Schule als zweizügiger Schulverbund), den Hort, den Kindergarten „Lütt Matten“ und das Freizeitzentrum auf einem Gelände zusammenzuführen und den Schulstandort zukünftig um einen gymnasialen Zweig zu erweitern.

Das Ziel der Gemeindevertretung ist es, diesen Campus als Neubau auf dem Gelände beim „Rangierbahnhof“ (Dollahner Straße) zu verwirklichen.

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, auf Basis des bearbeitenden Prüfantrages (Nr. 753-35-2023) sowie weiterer bereits erfolgter Prüfungen ein Konzept für einen Schulcampus zu erstellen. Dieses kann bspw. im Rahmen eines Architektenwettbewerbs erfolgen. Dieses Konzept ist der Gemeindevertretung vorzustellen.

Sollte sich im Verlauf der Konzeptbearbeitung herausstellen, dass dieses Projekt nur abgespeckt (bspw. ohne Hort und Kita) realisierbar ist, ist die Zusammenführung der Schulen zu priorisieren.

Sollten hierfür finanzielle Mittel benötigt werden, um bspw. externe Gutachten etc. erstellen zu lassen, sind diese bereitzustellen.

Die Gemeindevertretung ist in regelmäßigen Abständen über den aktuellen Stand (bspw. zu den Terminen des Ausschusses für Bildung, Soziales und Sport) zu informieren.

Abstimmung:                      Ja/Stimmen:              11  
    Nein/Stimmen:            keine  
    Enthaltungen:            3

**TOP 12.** Antrag der CDU-Fraktion, des Abgeordneten Herrn Maske (Die Linke), der Fraktion „aus der MITTE“ und des Abgeordneten Herrn Böttcher für einen Prüfauftrag zur Erteilung von Sonderparkrechten für ambulante Pflegedienste

**Frau Drahotá** erklärt sich für befangen und verlässt den Sitzungssaal.

**Herr Dohrmann** erklärt, dass der Antrag darauf abziele den Pflegediensten die Arbeit zu erleichtern und mehr Zeit für Patienten zu ermöglichen. Dabei orientiere man sich an Städten wie Stralsund und Bergen, die dieses Konzept bereits praktizieren.

**Herr Klein** möchte wissen von wie vielen Fahrzeugen man spreche.

**Herr Maske** nennt die betroffenen Bereiche und erklärt, dass für die Erteilung der Sonderparkrechte ein Antrag in der Gemeindeverwaltung gestellt werden müsse.

**Herr Mehlhorn** möchte einen Antrag zur Erweiterung stellen. Er sehe hier lediglich Unternehmer, die sich einen Parkausweis holen und steuerlich geltend machen könnten. Das Personal, welches tagtäglich in Binz arbeite, vermisse er jedoch. Er stellt den Antrag den vorliegenden Antrag um Angestellten der verschiedenen Berufszweige zu ergänzen.

**Herr Maske** lässt über den Antrag von Herrn Mehlhorn, zur Ergänzung der Beschlussvorlage, abstimmen.

Abstimmung:                      Ja/Stimmen:              13 (einstimmig)

#### **Beschluss-Nr. 957-43-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 die Gemeindeverwaltung damit zu beauftragen, zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Erteilung von Sonderparkrechten für medizinische Unternehmen, wie zum Beispiel Ärzte, ambulante Pflegedienste und Physiotherapie bestehen. Für die medizinische und begleitende Betreuung und Pflege unserer Einwohnerinnen und Einwohner sollen kostenfreie Sonderparkrechte im Gemeindegebiet Ostseebad Binz möglich sein und zur Verfügung stehen. Darüber hinaus beschließt sie dem Antrag des Abgeordneten Herrn Mehlhorn zu folgen und die im Antrag genannten Personengruppen um „Angestellte“ zu ergänzen.

Abstimmung:                      Ja/Stimmen:              13 (einstimmig)

Gemäß §24 KV M-V ist ein Mitglied der Gemeindevertretung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

**Frau Drahotá** nimmt wieder an der Sitzung teil.

**TOP 13.** Beschlussvorlage zum Neubau eines Feuerwehrgebäudes mit Zivilschutzlager und Rettungswache (DRK) der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Beschluss Bauprogramm*

**Frau Drahot**a möchte wissen wie zu diesem Zeitpunkt die Förderkulisse aussehe.

**Herr Schneider** erklärt, dass er die Gemeindevertretung diesbezüglich im Nachhinein schriftlich informieren werde.

**Herr Klein** möchte wissen wo bzw. wie der Hubschrauberlandeplatz angedacht sei.

**Herr Schneider** erklärt, dass kein Hubschrauberlandeplatz geplant sei, da dieser den Kostenrahmen sprengen würde und das Fehlen eines solchen Landeplatzes den Rettungskräften die Möglichkeit lässt zu landen wo es in der jeweiligen Situation am sinnvollsten erscheint.

**Herr Schulz** möchte wissen, ob schon mit dem DRK geklärt worden sei, ob die Gemeinde Einzeleigentümer werde, vermiete oder verpachte. Und ob eine Kostenbeteiligung in Aussicht stehe.

**Herr Schneider** bestätigt, dass es solche Gespräche zurzeit gebe. Die Gemeinde strebe dabei eher einen Erbbaupachtvertrag an. Man befinde sich alles in allem auf einem guten Weg.

#### **Beschluss-Nr. 958-43-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 das Bauprogramm im Ergebnis des Planungswettbewerbes für den Neubau eines Feuerwehrgebäudes mit Zivilschutzlager und Rettungswache (DRK) der Gemeinde Ostseebad Binz.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 14 (einstimmig)

**TOP 14.** Beschlussvorlage zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Wohnen an der Granitz“ der Gemeinde Ostseebad Binz  
*hier: Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden- und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB*

#### **Beschluss-Nr. 959-43-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024, die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Trägerbeteiligung gemäß der §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB im Rahmen der Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes

Nr. 35 „Wohnen an der Granitz“ der Gemeinde Ostseebad Binz, entsprechend des als Anlage beigefügten Konzeptentwurfes.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 14 (einstimmig)

**TOP 15.** Beschlussvorlage zur Änderung des Beschlusses 11-26-2018 über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 43A „Quartier an der Kleinbahn – Nord“ der Gemeinde Ostseebad Binz

*hier: Änderungsbeschluss zur Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 43A „Quartier an der Kleinbahn – Nord“*

#### **Beschluss-Nr. 960-43-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 die Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 43A „Quartier an der Kleinbahn - Nord“ und die damit verbundene Änderung des Beschlusses Nr. 11-26-2018 vom 01.03.2018 über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 43 „Quartier an der Kleinbahn“ der Gemeinde Ostseebad Binz.

Das Planverfahren ist im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 2 und 3 BauGB in Verbindung mit §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB ohne Umweltprüfung/Umweltbericht durchzuführen.

Die Änderung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 14 (einstimmig)

**TOP 16.** Beschlussvorlage zur 2. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 36 „Gewerbegebiet III Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz

*hier: Beschluss über die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 sowie der Behörden- und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB (Offenlage)*

#### **Beschluss-Nr. 961-43-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024, über die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB, sowie über die Behörden- und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf der 2. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 36 „Gewerbegebiet III Prora“ in vorliegender Fassung.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13  
Nein/Stimmen: keine  
Enthaltungen: 1

**TOP 17.** Beschlussvorlage zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 26 „Wohnquartier am Rasenden Roland“ der Gemeinde Ostseebad Binz

*hier: Konzeptbeschluss*

**Herr Michalski** erklärt sich für befangen und entfernt sich von seinem Platz.

**Herr Schulz** bittet um eine Erläuterung des Begriffs Konzeptbeschluss.

**Herr Schneider** erklärt, dass es sich nicht um einen rechtlich bindenden Beschluss handle.

**Herr Schulz** stellt klar, dass es sich also um eine Arbeitsgrundlage handle, damit weiter gearbeitet werden könne und dass die endgültige Entscheidung nach wie vor

bei der Gemeindevertretung liege und nicht durch den Landkreis ersetzt werden könne.

**Herr Schneider** bestätigt dies.

**Herr Colmsee** ergänzt, dass bei qualifizierten und Vorhaben bezogenen Bebauungsplänen die Gemeinde die Planungshoheit besitze. Er erläutert das Vorhaben und die bisher vorgenommenen Schritte und Änderungen. Alles in allem vertritt er die Meinung, dass man dieser Beschlussvorlage ohne Bedenken zustimmen könne, da nichts in Stein gemeißelt sei und man den Durchführungsvertrag gegeben Falls immer noch ablehnen könne.

**Herr Maske** lässt über die Änderungen abstimmen:

**Anträge Herr Mehlhorn:**

Soll im mittleren Bereich der Doppelhäuser das Staffelgeschoss gestrichen und damit auf zwei Vollgeschosse reduziert werden?

Abstimmung: 13 ja/ 0 nein/ 0 Enthaltung

Sollen die Grundstücke Nr. 8 und Nr. 13 zugunsten einer Grünfläche oder teilversiegelten Parkfläche gestrichen werden?

Abstimmung: 12 ja/ 0 nein/ 1 Enthaltung

Soll diese neu geschaffene Grün- oder teilversiegelte Parkfläche als Anwohnerfläche für Besucherverkehr dienen?

Abstimmung: 13 ja/ 0 nein/ 0 Enthaltung

Soll eines der ausgewiesenen Mehrfamilienhäuser in Townhouses (Reihenhäuser) umgewandelt werden?

Abstimmung: 13 ja/ 0 nein/ 0 Enthaltung

**Beschluss-Nr. 962-43-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 über das städtebauliche Konzept zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 26 „Wohnquartier am Rasenden Roland“ in vorliegender Fassung, inkl. der zuvor beschlossenen Änderungen, als Arbeitsgrundlage für die Erstellung der Entwurfsunterlagen zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Behörden- und Trägerbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB, sowie als Arbeitsgrundlage für die Erarbeitung des Durchführungsvertrags.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 13 (einstimmig)

Gemäß §24 KV M-V ist ein Mitglied der Gemeindevertretung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

**Herr Michalski** nimmt wieder an der Sitzung teil.

**TOP 18.** Beschlussvorlage zum Bebauungsplan Nr. 2 „Zinglingsberg“ der Gemeinde Ostseebad Binz

*hier: Einleitung des ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB*

**Herr Maske** erklärt sich für befähigt und übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Dohrmann.

#### **Beschluss-Nr. 963-43-2024**

1. Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 für den Bebauungsplan Nr. 2 „Zinglingsberg“ der Gemeinde Ostseebad Binz, das Ergänzende Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB, durchzuführen.
2. In der Bekanntmachung ist auf die Einsehbarkeit der DIN-Norm 4109 mit Tabelle 8 und Beiblatt 1, der DIN 18920 sowie der VDI-Richtlinie 2719 in der Verwaltung, hinzuweisen.
3. Der Satzungsbeschluss ist rückwirkend nebst Hinweis auf die Einsehbarkeit der DIN Vorschriften und Richtlinien in der Verwaltung, ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmung:                      Ja/Stimmen:                      13 (einstimmig)

Gemäß §24 KV M-V ist ein Mitglied der Gemeindevertretung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

**Herr Maske** übernimmt die Sitzungsleitung von Herrn Dohrmann.

**TOP 19.** Beschlussvorlage über das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag: „Errichtung von 2 Wohngebäuden: 1. Doppelhaus mit je 2 WE (1. Wohnen und 1. Fewo); 1. Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung (1. Fewo) – Zinglingstraße 8“  
*hier: Antrag auf Ausnahme nach § 31 Abs. 1 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 26 „Wohnbebauung Zinglingsberg Mitte“ der Gemeinde Ostseebad Binz*

#### **Beschluss-Nr. 964-43-2024**

Die Gemeindevertretung beschließt in ihrer Sitzung am 30.05.2024 im Rahmen des Bauantrages: „Errichtung von 2 Wohngebäuden: 1. Doppelhaus mit je 2 WE (1. Wohnen und 1. Fewo); 1. Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung (1. Fewo) – Zinglingstraße 8“, über die Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zum Antrag auf Ausnahme von den Textlichen Festsetzungen I.2 (Errichtung Doppelhaus und Anzahl der Wohneinheiten) des Bebauungsplanes Nr. 26 „Wohnbebauung Zinglingsberg Mitte“ der Gemeinde Ostseebad Binz.

Abstimmung:                      Ja/Stimmen:                      keine  
    Nein/Stimmen:                      14 (einstimmig)  
    Enthaltungen:                      keine

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Auf Antrag des Vorsitzenden Herrn Maske wird der folgende Teil wörtlich festgehalten.

**Herr Maske:** Ich möchte die Gelegenheit nutzen allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern für ihre ehrenamtliche Arbeit zu danken. Hinter jeder dieser

Sitzungen stecken viele Stunden Arbeit, Vorbereitungen, Gespräche in den Fraktionen und mit der Verwaltung. Ich möchte mich hier auch besonders bei den heute nicht anwesenden sachkundigen Einwohnern aus den Ausschüssen bedanken. Durch ihr Fachwissen und ihre Arbeit schaffen sie eine gute Arbeitsgrundlage für uns hier als Gemeindevertreter.

Ich bedanke mich auch bei unserem Bürgermeister, den Amtsleitern und der gesamten Verwaltung, die diesen Laden am Laufen halten. Ich glaube für die Zukunft, dass wir zusammen mit der Verwaltung und der neuen Gemeindevertretung unser Binz weiterentwickeln können und dieses Ostseebad gemeinsam für alle zu unserem Ostseebad Binz machen.

Zuletzt und das ist mit persönlich besonders wichtig, bedanke ich mich bei unseren Protokollantinnen Frau Kubowicz, in Abwesenheit, und Frau Pampuch für die sehr guten Vorbereitungen unserer Sitzungen und für die Protokolle. Das ist sehr viel mehr Arbeit, als es in den hier liegenden 10 oder 12 Seiten zu sehen ist. Dafür ganz vielen Dank und auch dafür, dass Sie mich immer zurückgerufen und meine Fragen beantwortet haben. Herzliches Dankeschön auch an Sie.

**Herr Maske** beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:00 Uhr.

gez. René Maske  
Vorsitzender der Gemeindevertretung

gez. Tamara Pampuch  
Protokollantin